

Bezugspreis
für Halle biertäglich bei postmöglicher
Anstellung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., anst. d. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unentgeltlich eingehende Anzeigen
nach ihrer Größe übernommen.
Während nur mit Quereinlagen:
„Saale-Bla.“ gestattet.

Bezugspreis der Redaktion Nr. 1140;
der Abonnentenabteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Blattenschriftlicher Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite der
Raum mit 20 Pfd., solche aus Halle mit
20 Pfd. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von
unseren Annahmestellen und allen
Annahmestellen-Expeditoren angenommen.
Kleinanzeigen die Seite 75 Pfd. für Halle
und umwärts 1 Mt.
Ercheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Druck: Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Rebengäßchenstraße: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-
straße 63, I; Telefon Nr. 591 u. 174.

Nr. 441.

Halle a. S., Mittwoch, den 21. September.

1910.

An unsere Stadtabonnenten!

Wir bitten alle Reklamationen wegen ver-
späteter oder unpunktlicher Zustellung der „Saale-
Zeitung“ dem Verlage telephonisch oder schriftlich
melden zu wollen, damit sofortige Abhilfe erfolgen
kann.

„Saale-Zeitung“
(Fernsprecher 1133.)

Die Finanzkonferenzen.

Herr v. Bethmann Hollweg ist in Berlin ein-
getroffen, um mit dem Reichsfinanzsekretär Wernuth sich
über den Vorschlag zum neuen Reichshaushalt zu ver-
ständigen. Da auch eine Sitzung mit dem Staatsminis-
terium auf dem Programm steht, so darf man annehmen,
daß erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, um die
Ausgaben mit den Einnahmen ins Gleichgewicht zu bringen.
Soweit die Maßbefugnis des Reichsfinanzsekretärs reicht,
darf man zugeben, daß alles getan worden ist, um das
finanzielle Gleichgewicht zu erzielen. Ja, in den einzelnen
Reichsämtern wird behauptet, daß Herr Wernuth sogar
über die äußerste Sparmaßnahme hinausgegangen sei und selbst
dort Abstriche gemacht habe, wo es sich um Reichsnot-
wendigkeiten handelte. Aber es ist ihm offenbar trotz-
dem nicht gelungen, die Ausgaben auf das Maß der vor-
ausgeschätzten Einnahmen herabzubringen. Die Einnahmen
sind eben wesentlich geringer anzusetzen, als man noch im
letzten Winter annahm. Gerade der Monat August hat
einen empfindlichen Rückgang der Reichs-
einnahmen gebracht. Die neuen indirekten Steuern des
vorigen Jahres sind schon in dem laufenden Etat um
120 Millionen Mark niedriger angelegt, als die ursprüng-
liche Annahme erwartete. Aber sie haben selbst dieser
recht bescheidenen Erwartung noch nicht entsprochen, und es
fragt sich, ob sie im nächsten Etatsjahre reichlicher fließen
werden. Geht es wie, so wird mit ziemlicher Sicherheit vor-
ausgesagt, nicht, dann ist das Reichsdefizit, soweit
es von einem solchen überhaupt gesprochen werden kann,
wieder da.

Nun kommt aber die neue Quinquennats-
vorlage. Sie soll allerdings erst im Beherrschungszustande
fünfzig Millionen Mark mehr, als bisher, erfordern, aber es
scheint, als ob dazu noch erhebliche einmalige Förde-
rungen treten sollen. Das kann das Reichsfinanzamt mit
den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht leisten.
Deshalb ist es so gut wie sicher, daß die Finanzkonferen-
zen um die Frage drehen, ob das Reich mit seinen bishe-
rigen Einnahmen auskommen kann oder ob neue Hilfs-
quellen erschlossen werden müssen. Daß Herr v. Beth-
mann Hollweg, so lange es irgend möglich ist, ohne
neue Steuern auszukommen vermag, ist selbstverständlich.
Jede neue Steuerforderung müßte die Zustimmung im
Volk nur verschärfen. Aber wenn es nicht anders geht, dann
muß eben auch diese Unbequemlichkeit mit in den Kauf ge-
nommen werden. Das Ergebnis der jetzigen Finanzbera-
tungen ist also für das Programm des nächsten Winters
entscheidend wichtig. Glaubt Herr Wernuth es
ohne neue Steuern schaffen zu können, dann werden die
verbündeten Regierungen nicht weiter bemüht werden. Kann
er aber die Verantwortung dafür nicht übernehmen, dann
müssen rechtzeitig die Beratungen über neue Einnahme-
quellen beginnen. In diesem Fall werden auch wieder die
Finanzminister der Einzelstaaten zu einer ge-
meinsamen Beratung in Berlin zusammenkommen. Daß es
sich nicht um neue indirekte Steuern handeln kann, da-
rüber ist sich alle Welt klar. Selbst die Konservativen und
das Zentrum wissen, daß nur eine direkte Reichsteuer, und
zwar höchst wahrscheinlich die erweiterte Erbschaftsteuer in
Betracht gezogen werden würde. Die Frage steht also
offen, ob, daß entweder durch weitere Abstriche am
Etat das Gleichgewicht erzielt wird, oder daß neue Steuer-
pläne ausgearbeitet werden, die den Reichstag noch im kom-
menden Winter beschäftigen werden. Da es sich hauptsächlich
um militärische Mehrforderungen handelt, so wird sich
der erste Weltkrieg als gangbar erweisen, zumal der
Reichsanwalt erst am Sonntag erklärt hat, daß seine
Hauptaufgabe in der Sicherung des zum militärischen
Schutze nötigen bestes. Dann wird sich freilich auch der
Steuerkampf des vorigen Jahres im Reichstage
wiederholen, und die Lage wird noch komplizierter als
bisher werden.

Der Budgetstreit auf dem sozialdemokratischen Parteitage.

Magdeburg, 20. Sept. 1910.

Die heutige zweite Plenarversammlung des
sozialdemokratischen Parteitage soll die Erörte-
rung des badischen Budgetstreits bringen. Aus diesem
Grunde sind der Saal und die Tribünen im Luisenpark schon lange
vor Beginn der Sitzung überfüllt und die Delegierten meistens nur
mühsam ihre Erregung, die sie in Rücksicht auf ihre Mitverantwort-
lichkeit für die zu fallenden Beschlüsse in der Sache befehligen. Auf
den Tribünen sieht man neben den Mitgliedern der Sozialdemo-
kratischen Parteiorganisation in Magdeburg auch viele bürgerliche
Elemente, die den Verhandlungen des heutigen Tages besonderes
Interesse entgegenbringen. Die Beratung der hiesigen Resolution
des Parteivorstandes und der Kontrollkommission die Spitze da-
durch zu nehmen, daß eine Kommissionsbehandlung in Vorschlag ge-
bracht wird, bahnert noch bis kurz vor Eröffnung der Sitzung an,
während andererseits auch die Meinung laut wird, daß es besser
sei, den badischen Sturmgegnern einmal ordentlich von Partei
wegen die Meinung zu lassen.

August Bebel, der in Begleitung des Korrespondenten
und Mitbegründers an dem badischen Disziplinbruch Dr. Frank
(Mannheim) im Saale erscheint, sieht sehr abgepaumt und erregt
aus.

Gegenüber der vom Parteivorstande eingebrachten Resolution
liegt von etwa 150 Parteimitgliedern unterzeichnet der Antrag
vor, den badischen Disziplinbruch zum Gegen-
stande einer Kommissionserörterung zu machen,
wobin die Öffentlichkeit Erörterung auf dem Parteitage ent-
zogen werden würde. Die Kommission soll der Parteitag bilden
und ihr das Material der einzelnen Bundesstaaten, das auf die
Budgetvereinerung Bezug hat, überreichen. Die Kommission soll
dann nach Beendigung ihrer Arbeiten dem nächstjährigen Partei-
tag Bericht erstatten. Damit wäre man dann glücklich über die
Notwendigkeit hinweg, die unangenehme Angelegenheit vor der
nächsten Reichstagswahl zu verhandeln, da auch der nächst-
jährige Parteitag in erst beschlossene müßte, was mit den Ergeb-
nissen der Kommissionsberatung zu geschehen hat.

Der Vorsitzende Diez (Südtirol), der kurz nach 9 Uhr die
Verhandlungen eröffnete, bringt zunächst eine Reihe weiterer, dem
Parteitag zugegangener Begründungsspeichen usw. zur Verlesung.
Hierauf erhält sofort Reichstagsabgeordneter

August Bebel

das Wort. Sobald er die Tribüne bestiegen hat, wobei ihm leb-
hafter Beifall aus dem Saale und von den Galerien herab ent-
gegenschallt, scheint alle Mäßigkeit von ihm gewichen. Er ist wieder
ganz der alte Feuerkopf, der sich den angesammelten Groll über den
badischen Disziplinbruch vom Herzen reden muß, um wieder frisch
zu werden. Er geht sofort in medias res, indem er aus den Proto-
kollen der Parteitage von Lübeck, Dresden und Nürnberg und des
Internationalen Sozialistengesamtkongresses in Amsterdam die Stellung-
nahme der Partei und auch der Internationale zu der Budgetbe-
willigung feststellt.

Man habe gesagt, daß es sich nur um einen Disziplinbruch der
badischen Genossen handele, aber es handelt sich um mehr, es hand-
elt sich um den Versuch mit grundsätzlichen Grundsätzen
von drei Parteitage. Ohne Disziplin ist ein Partei-
leben nicht möglich. Man sagt: der Beschluß der Badener sei eine
Folge davon, daß man in Nürnberg die Erklärung der 66 Dele-
gierten ruhig hingenommen habe. Das war das war damals nicht
eine Erklärung, sondern nur eine Deklaration von Unmuth und
darauf war nicht zu diskutieren. Wer in der Minorität ist, muß
sich fügen. Wir werden uns einmal darüber unterhalten müssen,
ob die Taktik, die wir seit 43 Jahren vertreten haben, eine falsche
war. Warum haben wir solche Erfolge, warum laufen uns die
Wähler in Scharen zu? Weil wir gegen alle volksfeindlichen Be-
schlüsse aus das allerniedrigste Front gemacht haben. Zunächst zu
den Süddeutschen. Wir waren doch auch dabei. Wenn ein Partei-
führer wie Kolb von der Regierung redet, als wäre unsere Haltung
falsch gewesen, dann müssen wir uns fragen, ob ein derartiger An-
griff irgend eine Berechtigung hatte. Ich muß die Frage ver-
neinen. Wenn wir beim Sozialistengesetz hätten tun können, wenn
wir hätten losgehen können, wie wir wollen, hätten wir mit allen
Mitteln dagegen angekämpft. Hätten wir das nicht getan, wären
wir Verbrecher gewesen.

Wer in der Macht ist, hat Recht.

(Zuruf: Dann hat der Kaiser auch Recht.) Ich habe auf Frank
früher große Hoffnungen gesetzt, er war einmal mein Lieb-
ling (große Heiterkeit) mein Benjamin. Aber ich habe mich in
ihm getäuscht. Er ist heute noch für mich eine komplizierte Natur,
aber seine Taten sind nicht kompliziert und gegen diese werde ich
mich auf das allerentschiedenste. Der Herr v. Bodmann hat
außerordentlich geschickt operiert, er hat mit Redensarten unserer
Genossen gefangen genommen, er hat gehandelt, wie ein tüchtiger
Diplomat, aber unsere Parteigenossen waren keine Diplomaten
(sehr richtig). Ein solcher Wankelmuth ist mir noch nicht
vorgekommen. Das Verfahren der Badener ist auf das allerent-
scheidendste zu verurtheilen. Wie kann man Kompromisse mit den

Nationalliberalen schließen? Die Nationalliberalen sind die schär-
fstmächtigste Partei par excellence. Die Partei hat im Reichstage
für alle Ausnahmefälle gestimmt, die Ausnahmefälle gegen das
Zentrum, gegen die Sozialdemokratie, gegen die Dänen, gegen die
Polen und jetzt verlangt das süddeutsche nationalliberale Blatt
sogar wieder Ausnahmefälle gegen die Sozialdemokratie (hörrt
hörrt!). Die Nationalliberalen sind Freunde indirekter Steuern.
Wenn sie jetzt dagegen gestimmt haben, so haben sie es getan, um
den schwarzblauen Block nicht zu untergraben. Für alle Lebens-
gaben, für alle Lebensmittelsätze usw. haben sie gestimmt. Im
Jahre 1895 hat die Zuschlagsvorlage vorgelegen. Da war es der
restlose Großherzog von Baden, bei dessen Begräbnis Kolb
und andere Genossen das Gesetz gegeben haben, der sich an die
Spitze einer Bewegung stellte für das Zuschlagsgesetz (lebhaftes
hörrt hörrt!). Fortschrittler zusammen mit den Nationalliberalen
sind nicht zu erreichen. Nicht die Nationalliberalen haben Opfer
gebracht,

wir haben verloren.

Die Nationalliberalen sind von ihrem Standpunkt nicht abgewichen.
Es heißt, wir hätten unglücklichen Schaden, wenn die Badener Ge-
nosser nicht für das Budget gestimmt hätten. Aber ich habe ver-
gessen darauf gewartet, daß mir jemand sagte, welcher Schaden
wir gehabt hätten. Bei einem Bündnis mit den bürgerlichen Par-
teien ist das Verhältnis 1000 zu 1, das wir verlieren. Wenn rechts
und links ein Bündnis schließen, hat immer noch die Linke verloren
und die Rechte Vorteile davon gehabt. Wir haben das ja gesehen
bei dem Verhältniß in der Bismarck-Blockade. Wie die linken Parteien
die Vereinigungen waren. Wenn man ein solches Bündnis
schließt, so behindert man sich im Kampf und ist gezwungen, über
gar manches den Mantel der Liebe zu decken. Das sind die not-
wendigen Folgen. Die Badener Arbeiter sind mit die schließ-
lichsten bezahlten Deutschlands, Tausende von Tabakarbeitern liegen
auf der Straße. Die badische Regierung hat aber für die Tabak-
steuer gestimmt und jetzt abgelehnt, diese ärmlichen der Armen zu
unterstützen. Und eine solche Regierung unterstützt man durch Be-
willigung des Budgets! (lebhaftes Zustimmung). Ich sage:

Mitgegangen, mitgegangen.

und es ist unerhört, daß es eine Sozialdemokratie gibt, die einer
solchen Regierung ein Vertrauensvotum auspricht! (erneute leb-
hafte Zustimmung und Händeklatschen). Bei den Gewer-
schaften läßt sich auch ein großes Sündenregister
aufstellen und das wird auch noch geschrieben. Die
Konkulin sollen wachen, daß das allgemeine Wohl keinen Schaden
leidet. Ich sage: Die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß
das Allgemeine nicht durch die Konkulin Schaden erleidet. Und
weiter sage ich: ein gebildetes, demokratisches Mittelmeer ist hier
durchaus am Plage. Man sprach früher von dem Block von
Bismarck und Bebel. Als die Parole von Raumann zum
ersten Male in einem Berliner Blatt aufgestellt wurde, traf
ich Bismarck im Reichstage und sagte zu ihm: Ra, verzeihst Herr
Hofmeister, wie sieht es damit? Bismarck antwortete: Ach,
was Hofmeister, Bismarck. Ich erwiderte: Ich bin ganz damit
einverstanden, Herr Bismarck (große anhaltende Heiterkeit).
Sogar Bebel sieht ein, daß das Unmuth ist (Bebel tritt sofort zum
Vorstande und meldet sich zum Wort). (Erneute lärmliche
Heiterkeit). Die Partei kann nicht weiter existieren, wenn die Par-
teiführer Beschlüsse nicht beachten werden. Das läßt sich auf die Dauer
keine Partei gefallen. Ich mache gar kein Hehl daraus, daß wir
einen Antrag auf Ausschluß der badischen Ge-
nosser in Erwägung gezogen haben. Wir haben den Antrag
nicht eingebracht, aber wenn etwas Ähnliches wieder vorkommt,
gibt es keine Gnade mehr (lebhaftes Zustimmung). Wir
wollen anerkennen, daß unsere Parteigenossen in Baden durchaus
in gutem Glauben gehandelt haben, aber künftighin gibt es
kein Erbarmen mehr (erneute Zustimmung der Mehrheit). Man
hat gegen einen bestimmten Parteitagbeschuß gehandelt. Und das
gibt es die Dauer nicht. Der Parteitag der Gesamtpartei ist die
höchste Instanz der Partei. Er hat das unbestrittene Recht als
letzte Instanz in allen Parteigenossenschaften endgültig entscheiden
zu können. Es gibt keine Organisation, kein Kollegium, keine
Person, die sich der letztinstanzlichen Entscheidung des Parteitage
entziehen kann. Diese autoritative Stellung ergibt sich naturgemäß
aus der Tatsache, daß die Deutsche Sozialdemokratie eine einhei-
tliche Partei ist mit gemeinsamem Programm und gemeinsamem
Ziel. Es kann nicht gestattet werden, daß selbstherrlich Landes-
angelegenheiten im anderen Sinne entschieden werden, als es der
Parteitag getan hat. Ihr Süddeutschen seid ja famose Kerle. Aber
Ihr habt zuviel Gemüth, Ihr seid zu weich, ihr seid zu

leicht treten (große Heiterkeit bei den Süddeutschen) Wir brauchen aufrechte, rüdenstarke Männer. (Erneut lebhaftes Zustimmung, Lachen bei den Süddeutschen). Wir dürfen uns auf Kompromisse nicht einlassen. Die Kaiserregierungsverordnungen nicht milder, sie werden immer härter.

Wir gehen großen Entscheidungen entgegen.

Was nach den nächsten Wahlen kommt, müssen wir abwarten. Wenn ein europäisches Kriegsgewitter entsetzt, werden wir wissen, wo wir zu stehen haben. Die Geschlossenheit, die Schlagfertigkeit der Partei, das Vorwärtsmarschieren, der feste Wille der Partei wird gebietet durch solche Sachen, wie sie in Baden vorgekommen sind. Wir können keine Seitenpringer gebrauchen (Zustimmung). Ihr werdet es bei uns und ihr werdet es bei den Gegnern. Das habt ihr mit eurer staatsmännischen Weisheit, mit eurer Diplomatie zu Wege gebracht. Es hat sich noch niemand in der Partei so blamiert, wie ihr euch blamiert habt (stürmische Zustimmung und Widerspruch). Dadurch, daß ihr 24 Stunden Gegner der Budgetbewilligung wart, habt ihr alle eure Argumente über den Haufen geworfen, das geht nicht so weiter. Wir müssen aufmarschieren in geschlossener Reihe. Sollte jemand so tollkühn sein, zu sagen, ich gehe meinen eigenen Weg, ich kann nicht akzeptieren, was der Parteitag beschließen hat, so soll das dem Mann zum stürmischen Zustimmung der Mehrheit). Wenn ich solche Seitenzüge machen würde, wäre ich kein General ohne Arme (Heiterkeit). Wir können nur unsere Stellung als Führer der Partei wahren, wenn alle im Interesse der Partei mitarbeiten. Der Redner schließt unter stürmischem Jubel der Mehrheit mit den Worten: Vorwärts Franz drauf!

Nachdem sich die stürmischen Kundgebungen gelegt haben, ergreift

Ludwig Frank

(Mannheim) das Wort:

Beobachtet bei allem Ernst eine gewisse Järrlichkeit für uns Sabener gezeigt. Er hat sich dadurch auf den Boden gestellt, auf dem es überhaupt nur eine kameradschaftliche Aussprache gibt. Er hat anerkannt, daß wir guten Glaubens gewesen sind und der Partei nicht missen wollen. Er hat uns durchdringen lassen, daß unsere Überzeugung und unsere Absichten zu respektieren sind. Ich finde dadurch der unangenehmen Missverständnisse, mich mit den Gruppen der Genossen auseinanderzusetzen, die unsere Majorität und unsere Personen zu verächtlichen haben. Daß die „Leipziger Volkszeitung“ dabei war, ist selbstverständlich (große Heiterkeit). Sie benachteiligt dabei, ich sage es ganz offen, noch ziemlich anfänglich. Der Genosse Stadthagen hat uns hübsche Äußerungen vorgetragen, wir überlassen die Entscheidung zwischen ihm und uns dem Urteile des Parteitages. Wir kommen hierher, mit dem Bewußtsein, daß wir das Gute gewollt und getan haben. Man kann gar nicht offener zu Werke gehen, als wir es getan haben. Beobachtet nun den Nürnbergers Erklärung: Sie wäre nur eine Art Rechtsverweigerung gewesen. Wer da hören wollte, muß gehört haben, daß die Erklärung von Segits mehr war, als eine bloße Erklärung. Welche als Stillstellungen waren auch die nachherigen Resolutionen der Parteivorstände der einzelnen süddeutschen Staaten, zu denen der Leipziger Parteitag gekommen war. Wenn die Erklärung der 68 nicht gewesen wäre, hätten wir auch nicht anders gehandelt und nicht anders handeln können, als wir gehandelt haben. Wir erkennen an, daß eine große Partei ohne Disziplin nicht bestehen kann und auch nicht bestehen darf. Aber es gibt Umstände, wo der Disziplinärismus auch gerechtfertigt sein kann. Das oberste Gesetz unserer Partei ist, alles tun, was dem Wohlfahrt der Massen zur politischen Macht verhilft. Die Partei will keinen automatischen Gehorsam, sie will Vertrauen, das entspricht der Tradition der Partei, jener Befehlshaber unter dem Vorbehalt, daß die mit der Ausführung betrauten Personen nicht als Maßregeln zu handeln haben. Man muß die Frage, ob die Befolgung oder Nichtbefolgung eines Beschlusses die Partei schädigt oder nicht, voranstellen. Es geht nicht an, zu sagen, es muß unter allen Umständen Obedienz pariert werden. Auf dem Standpunkte hat die Partei nie gestanden. Der Redner schließt dann die Ereignisse in Baden.

Der Großklub in Baden ist kein togebornes Kind.

Er besteht nun schon 5 Jahre, und Sie, meine Genossen im Reich, Sie wählen doch auch gegebenenfalls die Liberalen gegen andere Parteien. Sie wählen die Liberalen ohne Gegenleistung und wir in Baden, wir verlangen von den anderen Parteien, daß Sie sich verpflichten, auch für uns zu stimmen. Wir haben niemals irgend einen Grundhaft preisgegeben. Ich finde es komisch, daß man den Badenern erzwingen will, aus irgend welchen Tagesordnungen der bürgerlichen Presse, August Beobachtungen, gesagt: Ich würde mich haben, mir ein Urteil aus dem zu bilden, was in der bürgerlichen Presse steht (hört hört). Die Dinge liegen in der Praxis anders, als in der Theorie. Bündnisse werden nur solange geschlossen, als beide Parteien daran ein Interesse haben, als beide dabei auf ihre Rechnung kommen. Ich weiß nicht, ob ein bürgerlicher Genosse die Ausdehnung unserer Politik auf das Reich gefordert hat. Es ist selbstverständlich der badischen Partei niemals eingefallen, die Übertragung der für uns passenden Politik auf das Reich zu fordern. Wir verlangen nichts weiter als Selbstbestimmtheit für uns. Bei uns in Baden muß sich die nationalliberale Partei anders geben als anderswo. Es ist richtig, ein großer Teil der nationalliberalen Partei im Reich besteht aus Schamadeln. Bei uns aber sind die Nationalliberalen für die Einführung von Arbeiterlosgesetzen eingetreten, die

Durchführung der Arbeiterlosgesetzgebung

ist mit Hilfe der Liberalen gegen das Zentrum zustande gekommen (hört hört). Wir helfen unsere Forderungen ohne Rücksicht auf rechts oder links. Wenn man uns vorwirft, wir hätten eine Position von Elitensozialdemokraten durch Übertragung zur Tagesordnung erheben, so frage ich, was würde man in der Tagesordnung gesagt haben, wenn man ihr den gleichen Vorwurf machen wollte, was doch reichlich Gelegenheit vorhanden wäre. Es macht uns wirklich kein Vergnügen, mehrere Monate im Mittelrumpf der parteigenössigen Aufmerksamkeit zu haben und wieder einmal auf einem Parteitage die Frage der Budgetbewilligung heranzuführen. Es ist nicht wahr, daß wir nur dem Herrn v. Bodman zuliebe für das Budget gestimmt haben, wir haben es getan, um der Partei zu dienen, und die Rede des Herrn v. Bodman hat nur ein Hindernis beseitigt. Man kann nicht in ein Parlament hineingehen, um dort den Antiparlamentarismus zu predigen. Mit einer Lehre der Hoffungslosigkeit erringen Sie keine Welt, nicht einmal einen kleinen Wahlsieg (Zustimmung). Man muß dann und wann kleine Konzeptionen machen, um vorwärts zu kommen. Sehen Sie doch auf die Gewerkschaften. Sehr oft ist eine kleine Konzeption, ohne daß wir es wissen, der Reim, der die Zukunft dirigt. Ich halte unter Umständen

sehr viel von Demonstrationen, wenn sie wirksam sind. Ich habe schon oft solche mitgemacht und hoffe noch weitere mitzumachen. Aber eine Verweigerung des Budgets wäre keine Demonstration gewesen. Eine Demonstration gegen die Ausbeutung der Massen, gegen das gewalttätige Unrecht, das den Massen seit Jahrhunderten angefügt wird, muß gewaltiger ausfallen, als eine Budgetverweigerung in Baden (Zustimmung). Wir sagen nicht, daß Baden ein Paradies sei. Wir haben aber unsere ganze Kraft eingesetzt, um die Lage der Arbeiter zu heben.

Ueber unsere

angebliehen dynastischen Geistes

sind geradezu abenteuerliche Gerüchte entstanden. Wir müssen im Parlament nach der Geschäftsordnung handeln. Ich gebe zu, daß es Grenzen gibt, die bürgerliche Partei überschreiten aber durchaus nicht, ihre Taktik gegenüber der Monarchie irgendwie zu ändern. Man sagt, die Regierung für unsere Abstimmung sei falsch, aber es ist besser, wir geben eine falsche Begründung zu einem richtigen Beschlusse als umgekehrt. Ein Genosse hat das Sachverhältnis über uns Budgetbewilliger in Frankfurt a. M. bereits ausgedrückt, ohne zu wissen, was ein Budget ist (Widerspruch und große Heiterkeit). Die einzelnen Budgets sind sehr verschieden. Wenn der Parteitag beschließt, wir müssen jedes Finanzgesetz ablehnen, so bedeutet das, daß die Partei sich überall, wo sie kann, für die Steuererweigerung festsetzt. Das hat Konsequenzen für das Reich. Das Reich hat keine Steuerbewilligung zum Jahr zu Jahr, die Steuern werden dort dauernd erhoben. Es wäre dann die notwendige Konsequenz, daß auch für alle Zeit im Reich jedes Steuergesetz niedergestimmt werden muß (sehr richtig bei den Süddeutschen). Wir haben im Reichstage

für das Erbschaftsteuergesetz

gestimmt, haben dadurch also auch gegen den Nürnberger Beschlusse verstoßen (erneute Zustimmung bei den Süddeutschen, Widerspruch des Abg. Stadthagen). Genosse Stadthagen, Sie will ich ja gar nicht beschreiben. Wir wollen keinen Parteitagbeschlusse aufheben, wir werden uns nur gegen seine falsche Auslegung. Wir müssen einen Weg finden, der die Partei aus der Sadalle herausführt und uns den Frieden bringt, den wir alle wünschen. Wir müssen den Weg finden, um freien Raum zu haben zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind. (Anhaltender stürmischer Beifall bei den Süddeutschen).

Reus (Münch) polemisiert gegen Beobachtungen, der behauptet hatte, daß Reus in seinem Blatte andere schrieb, als er in Anhalt rede. Wenn Beobachtungen, auf Grund seiner Stellung mit einem Manne so umgehen zu können, der auch politische Ehre habe, so muß er Reus, erklären, daß er Beobachtungen diese Fähigkeit nicht beneide, daß er den Genossen Beobachtungen auch nicht fürchte und daß er sich durchaus nicht einschließen lasse. Er hatte sich in der Tat für rädler, als manche anderen Genossen.

Darauf trat die Mittagspause ein.

Deutsches Reich.

Kaiser Wilhelm in Schönbrunn.

* Zum Besuch des deutschen Kaisers bei Kaiser Franz Josef wird noch gemeldet:

In Schönbrunn hatte vor der großen Freitrepppe eine Ehrenkompanie des böhmisch-herzogenthümlichen Infanterieregiments Nr. 1 unter dem Kommando des Stadtkommandanten von Wien, Generals Hofmann, Aufstellung genommen. Die Equipage, in dem die beiden Monarchen saßen, hielt vor der Freitrepppe. Kaiser Wilhelm legte im Aufsteigen die Hand auf die Schulter des Kaisers, der Kaiser Franz Josef beim Aufsteigen behilflich und schritt gemeinsam mit ihm die Treppe der Ehrenkompanie ab. Das große Parterre vor dem Schönbrunner Schloß hatte eine weitläufige Menge bedeckt, welche in stürmische Hochrufe ausbrach, als die beiden Herrscher erschienen. Nach dem Absteigen der Ehrenkompanie begab sich Kaiser Wilhelm, von Kaiser Franz Josef geleitet, zur Freitrepppe, und die Ehrenkompanie defilierte. Kaiser Wilhelm lobte dem Kommandanten gegenüber die gute Haltung und das stramme Aussehen der mit dem roten Kreuz bekleideten Soldaten und wurde dann dem Kaiser Franz Josef und dem Oberhofmeister ins Schloß geleitet. Als Erwiderung des Gesichts seines Hünarenregiments hat Kaiser Wilhelm demselben eine goldene Bawle im Gemreil überreichen lassen. — Am 12/12 Uhr mittags fand ein Dejeuner statt, zu dem Kaiser Franz Josef seinen Gast persönlich abholte.

Wetter wird aus Wien gemeldet: Als Andenken an den Gratulationsbesuch überreichte Kaiser Franz Josef dem Kaiser Wilhelm die von Professor Marschalz geschaffene Plakette, welche der Kaiser am 15. August an alle Mitglieder des Kaiserhauses vertheilte. Sie ist aus vergoldeter Bronze auf weißem Marmorfuß montiert und zeigt den Kaiser in Generaluniform im Profil. Sie ist mit der handschriftlichen Widmung „In treuer Vereinnung“ versehen.

Schon im vorigen Jahre hat bekanntlich der Wiener Stadtrat Schöner eine Reihe von Anträgen im Stadtrat eingebracht, die sich auf die Bundesfeier des Deutschen Reiches und seines Kaisers bezogen und eine liebliche Finanzierung an dieses historische Moment bezweckten. Darunter befand sich auch ein Antrag auf Benennung eines hervorragenden Straßenzuges nach dem deutschen Kaiser. Jetzt ist nun der einstimmige Beschlusse im Wiener Stadtrat gefaßt worden, den „Kaiser“ mit „Kaiser Wilhelm-Ring“ zu bezeichnen. Kaiser Wilhelm hat an ein Reich von hohen Militärs Ehrenauszeichnungen verliehen.

Stimmen der Presse.

Die „Neue Freie Presse“ sagt: Aus dieser Besuch hat eine Bedeutung, die über den Tag hinausreicht. Die Welt hat schon die engen Beziehungen zwischen beiden Reichen und Dynastien bemerkt.

Die „Zeit“ begrüßt den treuen Bewacher und Augenführer der mitteleuropäischen Friedensverbände, den Herrscher des deutschen Brudervolkes als willkommenen Gast in unsern deutschen Wien.

Das „Baterland“ führt aus: Tausende, die heute auf den Beinen sein werden, um dem hohen Gast einen feierlichen Empfang zu bereiten, sind zugleich die Dolmetscher der Gefühle der Bewohner des ganzen Kaiserstaates.

Die Fleischsteuerung und die Regierung.

Nachdem die „Allgemeine Fleischzeitung“ am Sonnabend die Antwort des Landwirtschaftsministers Freiherrn v. Schorlemer an den Vorstand des Deutschen Fleischerverbandes in Sachen der Fleischsteuerung veröffentlicht hat,

kommt jetzt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ um auf sieben großen Spalten die statistischen Unterlagen für die Stellungnahme des Ministers mitzutheilen. Man weiß nun bereits, daß der Landwirtschaftsminister sich auf den Standpunkt gestellt hat, vorläufig so gut wie nichts zu tun. Demgemäß läuft denn auch die Darstellung des statistischen Materials darauf hinaus, zu beweisen, daß die Sache nicht so schlimm ist. Trotzdem wird man verlangen müssen, daß die Regierung ihre beschaufliche Ruhe aufgibt und sich zu zweckdienlichen Maßnahmen entschließt, denn so wie bisher können die Dinge nicht weitergehen. Das lassen auch die statistischen Darlegungen des Regierungsblattes erkennen, obwohl dieses nach Möglichkeit die Bedeutung des bestehenden Mißstandes nach Möglichkeit abzumildern sucht.

Aber, wozu überhaupt Statistik! Fleischnote: die Fleischpreise haben ganz allgemein eine Entwicklung nach oben angenommen, und an einer wachsenden Zahl von Orten ist diese Aufwärtsbewegung eine ad hoc hohe weit höher als in der Preisbewegung aller Nahrungsmittel und Getreidagesegenstände begründet ist. Was bedeutet die Regierung dazu zu tun? Auf die Frage ist es wichtig Herr v. Schorlemer. Er bekennt sich nur als entschuldigter Gegner der weiteren Öffnung der Grenzen für die Viehzucht, der Aufhebung der Zölle auf Futtermittel, der Herabsetzung der Eisenbahntarife und vertritt weiter nichts als eine Prüfung der Frage, ob eine Verbilligung der Fleischpreise durch Herabsetzung der Schlachthof- und Fleischbeschaugebühren herbeiführt werden kann. Das ist für den Augenblick alles. Der Landwirtschaftsminister wird sich also, so schwer es ihm fällt, nach durchgreifenderen Mitteln umsehen müssen. Eins nennt er selbst schon — er will es allerdings nicht augenfällig, sondern erst dann anwenden, wenn die Preise noch höher geworden sind — das ist die Erleichterung der Fleischsteuer. Auf diesen Punkt ist bekanntlich in der Berliner Stadteroberungsversammlung von dem Abg. Kämpf kürzlich besonders hervorgehoben worden und es freut uns, daß die Regierung die Berücksichtigung dieser Forderung anerkennt. In England hat man ja Gelegenheit gehabt, festzustellen, daß die Preise für einheimisches Fleisch durch den argentinischen Import gar nicht beeinflusst werden. Es würde also hier nicht im geringsten eine Schädigung unserer Viehzüchter eintreten, dagegen würde den minder wohlhabenden Klassen die Möglichkeit gegeben sein, sich die Fleischspahrung zu verschaffen, deren sie zurzeit entbehren müssen.

Unterstaatssekretär Dr. Böhmer.

— Aus ständischen parlamentarischen Kreisen wird geschrieben:

Die Ernennung des Geh. Regierungsrats Dr. Böhmer, Vizegeneralsekretär von Reich zum Unterstaatssekretär im Reichskolonialamt hat hier allgemein überaus große Freude hervorgerufen. Man hat sich immer damit gefreut, daß Dr. Böhmer Karriere machen würde, gehört er doch zu den Leuten, die auf der einen Seite sachkundig und äußerst fleißig in die ihnen gestellten Aufgaben herangehen, auf der anderen Seite aber auch ein Verfechter, sich selbst in rechte Licht zu setzen. Zu Hilfe kam ihm eine elegante Beherrschung der gesellschaftlichen Formen, gewinnende Liebenswürdigkeit und, was in Deutschland viel wert ist, eine große, stattliche Figur. Dr. Böhmer, der die übliche Verwaltungskarriere vom Assessor zum Kreisdirektor und Hilfsarbeiter durchgemacht, der den Meher Bürgermeisterei posten von vornherein wohl als Strampfbringer angesehen, hat in allen jenen Stellungen Ländliches, wenn auch nicht Bedeutendes geleistet. Vom Kolonialwesen hat er natürlich keine Ahnung und wird sich erst erarbeiten müssen.

Die Geschichte der Ernennung ist nicht bekannt. — Besuchen in Berlin, Bekanntheit mit dem Staatssekretär v. Lindquist werden angeführt. Entscheidend wird wohl der gute Eindruck gewesen sein, den der Kaiser bei seinem Besuch in Meß erlangte. Solche Zufälligkeiten sind heutzutage oft von größerer Bedeutung als die Bekanntschaft wichtiger Stellen als Postenamt und anerkannter Fähigkeiten. Eine elegante Biegelaffe, ein sicheres und zugleich geschmeidiges Auftreten, eine einigermaßen betriebsfähige Willkür, viel Glück und ein Quantum Protektion sind bei uns noch immer die besten Garantien einer „Karriere“. Ob dabei das allgemeine Zutreffen zu seinem Rostie kommt, ist allerdings eine andere Frage.

Parteinachrichten.

Staats- und Privatbeamte und Liberalismus.

Magdeburg, 19. September.

Auf Einladung des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei hierseits sprach in Richards Festsaal, einem der größten Lokale Magdeburgs, vor vollzähltem Hause Magdeburger Deilus-Halle über das Thema „Staats- und Privatbeamte und Liberalismus“. Der Redner behandelte eingehend den Übergang der Staats- und Privatbeamtenbewegung, beleuchtete die Forderungen, die der Liberalismus vertritt, in Hinblick auf das große Heer der Fortschrittspartei hierseits. Sie passen in die moderne Zeit nicht hinein. Keine Abwendung irgend welcher Volkstheorien, sondern Zusammenarbeit aller Kreise des fortschrittlichen Bürgertums. Man dürfe dabei niemals vergessen, daß das Weibchen des Ganzen von Rücksichten abhängig sei, die jeder Stand zu über haben. Und deshalb keine einseitige Sonderpolitik! Wenn dies die Richtlinie alles Handelns sei, dann würde es auch gelingen, den Kampf erfolgreich gegen Reaktion und Revolution zu führen.

Bevollmächtigung, Arbeiter und Arbeitervereine beibringen der Konturrenzklausel und die Schaffung eines sogenannten modernen Grundgesetzes sind zu fordern. Ein besonders wichtiger Punkt ist die Frage des Sozialen Rechts. Weiter forderte Redner ein modernes Postenamt, das Postämtern für das Wohl und Wehe auch der anderen Berufsstände zeigen müßte. Für Kolonialpolitik und Protektion habe die Fortschrittspartei kein Verständnis. Sie passen in die moderne Zeit nicht hinein. Keine Abwendung irgend welcher Volkstheorien, sondern Zusammenarbeit aller Kreise des fortschrittlichen Bürgertums. Man dürfe dabei niemals vergessen, daß das Weibchen des Ganzen von Rücksichten abhängig sei, die jeder Stand zu über haben. Und deshalb keine einseitige Sonderpolitik! Wenn dies die Richtlinie alles Handelns sei, dann würde es auch gelingen, den Kampf erfolgreich gegen Reaktion und Revolution zu führen.

Zu Eingang seiner Rede war der Vortragende auf besonderen Wunsch auf die Königsberger Rede zu sprechen gekommen. — Der Vortrag, der fortgesetzt von lebhaften Beifallsbezeugungen begleitet war, erdete am Schluß langanhaltendes Händelklatschen. — In der Diskussion sprach der erste Vorsitzende des über 3000 Mitglieder umfassenden Eisenbahnarbeitervereins-Magdeburg im Namen des Vereins unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden dem Ab-

geordneten Delius den herzlichsten Dank für die erfolgreiche Vertretung der Arbeiterwünsche im Parlament aus. Sie habe bewirkt, daß die staatlichen Arbeiter zur Fortschrittspartei stehen würden. — Zwei Vertreter der Demokratischen Vereinigung erlitten mit ihren Entgegnungen ein klägliches Fiasko.

Eine vom Vorstand der liberalen Vereinigung in Ansbach abgehaltene Versammlung von Vertrauensmännern des Reichstagswahlkreises Ansbach-Schwabach hat den demokratischen Reichstagsabgeordneten Professor Dr. Quide in Würzburg einstimmig als Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kaiserst. Dr. Thomalla in Johannsburg (Schlesien), der Leiter des baltischen Kreisratenshauses, der in dem letzten Reichstag im Wahlkreis Ostpreußen zum Mitglied der Nationalliberalen agitatorisch stark hervorgetreten und dadurch in Konflikt mit dem baltischen Landrat und der konservativen Partei geraten war, ist im Interesse des Dienstes nunmehr nach Altona-Lübeck versetzt worden. — Zur Veränderung der Fleischnot bezüglich der Stadtverwaltung von Hagen, 2000 Mk. zur Hebung des Fischereibaus zu bewilligen. In den verschiedenen Stadtteilen sollen Fischverkaufsstellen eingerichtet und der Verkauf auswärtigen Großhändlern unter städtischer Aufsicht übertragen werden. — Montag mittags 12 Uhr fand die Einweihung der von Geheimrat Schwedien erbaute, viel längere Zeit dem Verkehr übergebenen Straßenbrücke über den Rhein bei Köln in Gegenwart der Stadt- und Militärbehörden, an ihrer Spitze Minister v. Preussner, statt. Dieser hielt die Wehrede. Hierauf folgte die Hülle des auf der linken Brüstung errichteten, von Graf Lucius-Berlin gestifteten Reiterdenkmals Wilhelm's II. in der Uniform der Garde du Corps. Der Minister tauchte das neue Reiterdenkmal, „Sokolobrenndrücke“ und schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Kaiser. Mittags fand Feiern statt. Das Denkmal ist das erste Reiterdenkmal des Kaisers.

Hof- und Personalnachrichten.

Im Gefolge der Kronprinzessin, die ihren Gemahl auf seiner Reise nach Ostasien bis Genoa begleiten wird, werden sich befinden: Oberhofmarschall Freiherr von Ziehl-Windler, Hofdame Gräfin Gräfin, Hofmarschall Graf v. Bismarck-Solms, Kammerjunker v. Wehr. Die Abreise der Kronprinzessin beschließen wird voraussichtlich in den ersten Tagen des November mit einem Dampfboot des Norddeutschen Lloyd von Genoa aus erfolgen.

Zur Silberhochzeit des baltischen Großherzogspaares trafen Montag Prinzessin Heinrich von Preußen und Prinz Waldemar von Preußen in Karlsruhe ein. Eine feierliche Begrüßung fand in der Hofkapelle statt, wo der Oberlieutenant der Garde, der die Ehre der baltischen Repräsentanten des Großherzogspaares die Willkommrede der Stadt übermittelte. Der Großherzog dankte mit einem Hoch auf Karlsruhe und Baden. Dann ging ein Jubiläumsspiel in Szene. Abends brachte der baltische Sängerbund den Festakt vor dem Reichenshof ein. Ein Ständchen. Der russische Ministerresident v. Gierke überreichte im Auftrag des Jaren der Großherzogin den Saint-Bartholomäus-Orden. — Der baltische Staatsanwalt verurteilte aus Anlaß der fiktiven Jagd des großherzoglichen Paars Ausgelagerten. U. a. erhielt die goldene Krone zum Großfürsten des Ordens Betscholds I. der kommandierende General des 14. Armeekorps General der Infanterie Frhr. v. Hoiningen gen. Hume.

Ausland.

Die künftige Königin Wilhelmine.

§ Aus Haag wird gemeldet: Königin Wilhelmine eröffnete persönlich (was seit zwei Jahren nicht geschehen war) die neue Sitzung der beiden Kammern. Ein Detail in der Regelung dieser Zeremonie hat in Holland zu einigen Kommentaren Anlaß gegeben, nämlich, daß der Weg, den die „glorreiche Königin“ mit ihrem glänzenden Gefolge zu nehmen gewohnt war, diesmal viel kürzer bemessen worden ist wie sonst. Die Königin scheint über die wenige Schonung verstimmt zu sein, die ein Teil der Haager Bevölkerung ihr, als sie während einer gewissen Zeit in der Stadt Spaziergehen machte, entgegenbrachte, indem diese ihr mit überaus unangenehmer Aufdringlichkeit folgten. Die Aenderung des Programms war eine Enttäuschung für viele Tausende, denen es bei dem schmalen Weg unmöglich war, dem geliebten Schauspiel zu gesehen.

Hofrichter im Gefängnis.

Der frühere Oberleutnant Adolph Hofrichter, der sich zur Verbüßung der über ihn verhängten Kerkerstrafe in der Militärstrafanstalt Möllersdorf befindet, hört auch dort nicht auf, seine Unschuld zu beteuern und fortwährend zu erklären, daß er dem Giftmord an dem Generalsstabskapitän Mader vollkommen fernstehe. Er wird in der Strafanstalt als Querulant bezeichnet. Hofrichter sieht sehr gut aus. Mit seinen Angehörigen verkehrt Hofrichter auf schriftlichem Wege, so oft es ihm gestattet wird. Auch in diesen Briefen spricht er ausschließlich von seiner Reurteilung, beteuert seine Unschuld und hofft auf Freisetzung.

An die Gattin Hofrichters, die übrigens schon vor einiger Zeit mit ihrem Kinde Wien verlassen hat, ist ebenfalls kürzlich ein Brief gelangt. In diesem Briefe bittet Hofrichter seine Frau, daß sie ihn nicht verlasse; es dürfe nichts unversucht bleiben, um ihm die Freiheit wieder zu verschaffen. „Du kannst ja alle Schuld auf dich nehmen“, heißt es an einer Stelle des Briefes. Die Frau hat selbstverständlich dieses Annehmen ihres Mannes abgelehnt.

Besuch Roosevelts bei Cast.

Aus New York wird gemeldet, daß Roosevelts dem Präsidenten Taft einen Besuch in Newhaven abgestattet hat, weil er, wie er selbst erklärte, hören wollte, welchen Standpunkt er in einer Rede an die Republikaner von Saratoga zu vertreten habe. In dieser Versammlung beabsichtigte die alte Garde, Roosevelts Freunde, eine Resolution zugunsten der Wiederwahl Tafts einzubringen. Mit der Erklärung Tafts, daß er in seiner Botenschaft an den Kongress im Dezember 20 Millionen Dollars fordern werde zum Bau von Befestigungen

gen am Panamakanal, und daß er die Bewilligung von zwei Drednoughts jährlich empfehlen werde, sind die New Yorker Blätter zum Teil gar nicht einverstanden. Die „World“ behauptet, es gehe die ganze Welt herausfordern, wollte man einen Wasserweg von so großer Wichtigkeit für den internationalen Handel bestreiten. Auch habe sich die Regierung in dem Hay-Poussot-Vertrag verpflichtet, daß der Panamakanal nach denselben Grundsätzen, wie der Suezkanal verwaltet werden solle, der absolut unbestreitbar ist. Wollte man die Ufer des Panamakanals mit Kanonen besetzen, so reize man damit nur zum Angriff.

Die dem Kongress zugehende Forderung Tafts über zwei Millionen Dollar als erste Rate zur Bewilligung des Panamakanals zeigt, in welcher Weise Nordamerika den zweiten Vertrag Hay-Pansome auslegt. Nach ihm fällt den Vereinigten Staaten nicht nur der Bau des Kanals, sondern auch dessen Kontrolle und Schutz zu, und es widerstrebt dem Vertragswortlaut keinesfalls, wenn an beiden Kanalen den Befestigungen entgegen, deren Gefährde zwanzig Meilen weit den Atlantik und den Stillen Ozean betreffen und Kriegsschiffen den Eintritt in den neuen Wasserweg verwehren können. Neben Taft ist Roosevelt der eifrigste Befürworter der Kanalbeseitigung.

Kleine Gagesnachrichten.

Automobilbahnen in Italien. Die italienische Regierung hat beschlossen, Kleinbahnen nicht mehr mit Geleisen einzurichten, sondern nach dem erfolgreichen Vorgehen der österreichischen Regierung in den Alpenländern dafür Automobilbahnen einzurichten. Soden sind 52 Straßen genehmigt worden, die zum Teil die alten Bahnlängten ersetzen und dem Reiseverkehr eine größere Ausdehnung ermöglichen. Andere wieder dürften in kurzem den Fremdenverkehr nach den berührten Orten heben.

Kongresse und Verbandstage.

Der internationale Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde gestern in der Sorbonne zu Paris eröffnet. Wie aus telegraphischer Mitteilung, begrüßte ihn der Finanzminister Coghery namens der französischen Regierung. Dem Vortag übernahm Leon Bourgeois. Deutschland ist auf ihm u. a. vertreten durch den Statthalter Hübner (Berlin), den Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin Dr. Freund, Geheimrat Geyer und Statthalter Reich. Im Namen der auswärtigen Delegierten sprach Graf Hamilton. Hierauf begann der Kongress seine Beratungen.

Halle und Umgebung.

Saale, den 21. September.

Blumenpflege durch Schulkinder.

In Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen sei noch folgendes nachgetragen: Die Ausstellung der prämierten, von den Schulkindern der Volks- und Mittelschulen beigegebenen Pflanzen fand am vergangenen Sonntag von 10-11 Uhr in der Aula der Schule in der Drehschiffstraße statt. Die Ausstellung war sehr stark besucht, bot je doch auch sehr viel Sehenswertes. Der Erfolg war in diesem Jahre noch günstiger wie in den Vorjahren. Das Preisgericht war in der Lage, 3 Ehrenpreise, 100 erste Preise, 200 zweite Preise und 728 lobende Anerkennungen zu erteilen.

Interessant ist die Zusammenstellung der Prämierungen nach Pflanzen geordnet; es wurden prämiert von 800 Pelargonien sowie 214 Stück gleich 27 Proz., von 500 Ficusarten 194 Stück gleich 39 Proz., von 770 Stück Zuckerrüben 273 Stück gleich 35 Proz., von 500 Stück Coloss 159 Stück gleich 28 Proz., von 100 Salikat 9 Stück, von 100 Begonien 62 Stück, von 100 Malva alba 25 Stück, von 350 Impatiens 97 Stück gleich 28 Proz. In ganzen waren Anfang Juni 3370 Stück Pflanzen vorausgibt, prämiert wurden zusammen 1031 Stück gleich 31 Proz. gegenüber 27 Proz. im Vorjahre.

Hausabend.

Der Vorstand der Ortsgruppe Halle a. S. des Hansa-Bundes beschloß in seiner letzten Sitzung am Donnerstag, den 20. d. M., im Saale des Wintergartens eine Mitgliedsversammlung abzuhalten. In dieser Versammlung wird Herr C. Brandt-Berlin einen Vortrag halten über das Thema: „Was ist nennenswerte Wirtschaftspolitik?“ Auch Freunde des Hansa-Bundes sind als Gäste in dieser Versammlung willkommen.

Schwurgericht.

In der am 26. September 1910 beginnenden Sitzungsperiode des Königlich Schwurgerichts zu Halle kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

am 26. September vormittags 9 Uhr gegen den Gefängniswärter Wilhelm Koch aus Halle, zurzeit in Ludau in der Strafanstalt, wegen Verleitung zum Meineid und den Schuhmacher Hermann Baßkian, hier in Haft, wegen Meineids;

am 27. September vormittags 9 Uhr gegen den Anwaltskammerassistenten Wilhelm Lübbcke aus Halle wegen Urkundensäufung und verurteilten Betrugs;

am 28. September vormittags 9 Uhr gegen den Söldner Christian Hermann Hamann, hier in Haft, wegen verurteilten Totschlags.

Voraussetzungen werden noch einige Sachen zur Verhandlung kommen.

Das Züchtigungsgerecht der Lehrer.

M. Das Oberverwaltungsgericht hatte sich mit der für Eltern und Lehrer interessanten Frage zu beschäftigen, wie weit das Züchtigungsgerecht der Lehrer reicht. Das Reichsgericht hat bekanntlich grundsätzlich ausgeprochen, daß ein Lehrer überhaupt nicht befugt ist, Schüler höherer Lehranstalten körperlich zu züchtigen. Dieser Grundsatz gilt aber nicht für Volksschulen.

Ein Lehrer N. hatte einem Volksschüler mit einem Rohrstock wegen Unanfertigkeit 2 Schläge über das Gesicht verlehrt. Der Arzt konstatierte später 2 Striemen, als der Schüler über

Schmerzen im Kopf klagte und mit den Händen geizert haben soll. Der Arzt erklärte aber später, daß er nicht mit Sicherheit behaupten könne, daß der Züchtigung und den nervösen Erscheinungen ein kausaler Zusammenhang bestehe. Als der Vater des Kindes den Lehrer auf Schadenersatz verklagte, erhob das Rgl. Schulkollegium zugunsten des Lehrers den Konflikt, welchen das Oberverwaltungsgericht aus für begründet erklärte und das gerichtliche Vergehen einleitete, da der Lehrer ungewißheit keine Amtsbesorgung nicht durchführen habe. Sollten infolge der Züchtigung bei dem Knaben Krampfzuckungen aufgetreten sein, so liege ein bedauerlicher Fall vor.

Anders würde der Fall liegen, wenn der Lehrer den Schüler ins Gesicht geschlagen hätte, dann würde nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts ein Verstoß gegen § 50, II. 12 des Allgemeinen Landrechts und gegen die Kabinetsordre vom 14. Mai 1825 vorliegen.

Aus der Heide.

Der Kaufmann hat sein magisches Kräftigungsheiß nach und nach mit einem totalen Versinken verknüpft. Hier und da finden die bunten Blätter schon zur Erde und bald wird die Heide, der immergrüne, anstreiche Kadelwald ausgenommen, kahl dastehen. Heidekraut, Birke und Eriche scheinen sich in der Jahreszeit geirrt zu haben; denn an diesen Zweigen haben sich bereits Staubblattentwürfe fürs nächste Jahr herausgehoben, die durch Schuppen vorstellend sind, als ginge es auf den Frühling los. Die Eichen fallen herab und werden stetig vom Vichföhren als Wintervorrat gelagert.

Einsige Zugvögel sind bereits fortgezogen, andere machen sich fertig. Aus dem feuchten Waldboden schießen nach den letzten Regenfällen, dieses Jahr etwas verspätet, zahlreiche Bräunlinge, Ruß- und Steinpilze.

Ein Spaziergang durch den Wald mit seiner herbstlichen Färbung lohnt reichlich.

Blumentag in Magdeburg.

Nach dem Muster einiger Städte wie Kassel, Göttingen usw. wird auch in Magdeburg am 2. Oktober, Entendankfest, ein Blumentag veranstaltet werden zum Besten des Säuglingsheims und Kinderkassen.

Hilfsreiche Damen aller Stände werden in den Straßen der Stadt Blumen zum Verkauf anbieten, und es ist zu hoffen, daß auf diese Art und Weise den edlen Bestrebungen der beiden Vereine neue Freunde zugeführt werden, das Jung und Alt, Arm und Reich sich an dem Werke beteilige, das es sich zum Ziele gesetzt hat, Kindesnot und Kindeselend zu lindern.

Bei Neu- und Umbauten gewerblicher Anlagen entstehen oft dadurch Unzutrefflichkeiten, daß die einschlägigen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften nicht berücksichtigt werden. Die Berufsgenossenschaften erhalten von den Bauarbeiten, falls überhaupt, in der Regel erst nach deren Beendigung Kenntnis. Wenn dann von ihnen in der baulichen Ausführung ein Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften gefunden und dessen Abheilung gefordert wird, so werden sich die Unternehmer meist darauf, daß die Bestimmungen der Bauordnung beachtet sind, und weigern sich, kostspielige Korrekturen vorzunehmen. Zur Vermeidung dieser Unannehmlichkeiten sind, wie der Minister für Handel und Gewerbe in einer den Regierungspräsidenten zugegangenen Verfügung bestimmt, die Gewerbeaufsichtsbeamten zu veranlassen, daß sie bei Prüfung der Pläne von Neu- und Umbauten gewerblicher Anlagen auch ihrerseits auf die einschlägigen Bestimmungen der Berufsgenossenschaften Unfallverhütungsvorschriften achten, in ihren Prüfungsberichten auf diese hinweisen und die Bauordnungsbehörden empfehlen, die Beachtung dieser Bestimmungen bei Erteilung der Bauerlaubnis zur Bedingung zu machen.

Falsches Geld. Im Thüringischen sind in den letzten Tagen wiederum bei den öffentlichen Kassen falsche Eins-, Zwei- und Dreimarkstücke angehalten worden. Die Falschstücke sind häufig nachgemacht. Vorzicht ist auch anderswo geboten, da die Falschstücke, wie schon oft, Kundreisen in der Provinz unternehmen.

Die Vereinigung der Lehrer des N. G. L. B. im Regierungsbezirk Merseburg hält Montag, den 3. Oktober d. J., 11 Uhr im „Wintergarten“ zu Halle ihre Jahresversammlung ab. Am 10. Uhr findet eine öffentliche Vorstandssitzung statt, wozu allen Mitgliedern der Vereinigung der Zutritt gestattet ist. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Vortrag des Herrn Lehrers Pieper-Dierrobbdingen bei Magdeburg über „Lehrerlaufbahn“; 2. Vortrag des Herrn Hauptlehrers Hermann-Friedrichs über „Befolgungsdienste und Staatschule“; 3. Geschäftliches: Kasienbericht, Vorstandswahl, Wahl der Vertreter für die Landesversammlung in Götting, Festsetzung des nächstjährigen Versammlungsortes.

Nicht identisch. Herr Friedrich Schöne bietet uns mitzuteilen, daß sein Sohn Wilhelm Schöne mit einem Messerfelderei mit 9 Monaten Gefängnis bestrafen Arbeiter gleichen Namens nicht identisch ist.

Gerichtsverhandlungen.

Städtische Beamte gegen den Landtagsabg. und Stadtverordneten Dr. Cohn.

(Eigener Bericht der Saalezeitung.)

—20. Deffau, 19. Sept. 1910.

Das Landgericht gleich heute einem Bienenhaube. Sticht daß die Revision eines Prozesses zur Verhandlung, der nicht nur für die Stadt und das Land, sondern weit darüber hinaus großem berechtigten Interesse begegnet. Hunderte von Menschen drängen sich vor dem Gebäude und in den Korridoren. Doch unerwartlich sind die Wächter am Eingang zum Landgerichtssaal und nur die wenigen Bezogeten haben Möglichkeit, den Raum zu betreten, wo die Rechtschlichten geliefert werden sollen.

Im Saale dann bekannte Gestalten, der Oberbürgermeister, Stadtratsordner, städtische Beamte und andere bekannte Bürger der Stadt. Der Angeklagte, Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Dr. Cohn, erscheint mit seinem Verteidiger und ein Raum geht durch die Menge. Denn der Verteidiger ist eine Senation für Deffau. Ist es doch Justizrat Bernstein-Wundgen, der bekannte Sieger im Wolke-Harden-Prozess.

Zunächst sei kurz der Sachverhalt gegeben: In dem bekannten Kampfe des liberalen Abgeordneten Dr. Cohn gegen das System des Oberbürgermeisters Dr. Gehling hat Dr. Cohn behauptet, er könne den städtischen Beamten nur dann Glauben schenken, wenn sie unter Eid genannt werden. Deswegen hatten die städtischen Beamten und der herzogliche Staatsanwalt gegen das Urteil des Schöffengerichts, das Dr.

Cohn wegen dieser und noch anderer Befangenheiten freigesprochen hatte, Berufung eingelegt.

Den Vorfall der heutigen Verhandlung führte Sondergerichtsdirektor Böhm, als öffentlicher Ankläger war der Erste Staatsanwalt Birkner erschienen. Die Verteidigung des Nebenklägers, Oberbauratsschreiber Kampfenkel, führt Dr. Höber, Dr. Cohn wurde wie schon angedeutet, von Justizrat Bernfeld Münden verteidigt.

Ein ungeheurer Zeugenparat ist aufgebaut. Unter den Zeugen befindet sich unter anderem auch Oberbürgermeister Dr. Ebeling. Das bezügliche Disziplinargericht gegen Dr. Ebeling hat einen Vergleich zur Vermeidung erlassen.

Landtags- und Stadtvorstand Dr. Cohn führt nach Eintritt in die Verhandlung aus: Er habe gegen das Eilem Geßling lange Jahre schadhafte Kämpfe zu führen gehabt. Dabei sei ihm vom Oberbürgermeister ein „Anverwandt“ oder „Freigeist“ an den Kopf gemoren. Er habe sehr oft davon Kenntnis genommen, wie der Oberbürgermeister sein Regiment geführt habe. Doch seien ihm die schadhafte Beamten unglaublich würdig, weil sie unter dem Druck des Oberbürgermeisters händeln.

Nach weiteren Ausführungen Dr. Cohns wird zur Zeugenvernehmung geschritten. Oberbauratsschreiber Kampfenkel erklärt, bei dem Neujahrsempfang 1907 sei der Ausdruck „Heinrichliche Bananen“ seiner inneren Ueberzeugung nach nicht gefallen. Das Wort ist nicht gefallen. Nur unter dem Druck des Schöffengerichts habe ich gesagt, ich könne mich nur daran nicht mehr erinnern.

Dr. Cohn: Dann hat der Nebenkläger bewußt die Unwahrheit gesagt. Vorgesichtlicher Höflichkeit entsinn ich mich nicht, den Ausdruck gehört zu haben, auch später im Ratkaufe habe man davon nicht gesprochen.

Stenograph Sätze: Er erinnere sich nicht, über Dr. Cohn das Wort „Heidenlamm“ vom Oberbürgermeister gehört zu haben. Rechnungstrennung: Das Wort oder ein Ähnliches, wie „Bananen“ muß gefallen sein. Er habe sofort nach dem Neujahrsempfang seiner Frau davon erzählt. Trotzdem habe er die Erklärung unterzeichnet, daß er es nicht gehört habe.

Als die nächsten Zeugen erscheinen Magistratsrät. Matthias und Baufachkommissar Dreßler. Dreßler erklärt auf das Bestimmteste, daß er sich nicht an das Wort erinnere. Weiterer Befund bestimmt, das Wort sei in der feierlichen Ansprache gefallen. Nach einer zweifelhafte Mittagspause fährt man um 3 Uhr in der Zeugenvernehmung fort.

Frau Kana: Sie sind mir noch geladen ist, macht ziemlich widersprechende Angaben über die Bananenfälschung. Stadtvorstand Barthel erklärt: Er habe dem Abg. Dr. Cohn, nachdem er vom Polizeikommissar Schröder es erfahren, einen Zettel mit dem Namen der Beamten geschickt. Polizeifreier Herold entsinn ich mich des Ausdrucks nicht. Er habe es für ganz ausgeschlossen, daß im Ratkaufe davon gesprochen sei.

Stadthauptkassendirektor Bachse: Die Wendung ist nicht gefallen! Rechtsreferent Lorenz kann sich nicht an das Wort Bananen erinnern. Baufachkommissar Kramer: Ich habe nicht den Mut gehabt, dem Oberbürgermeister zu erklären: „Der Ausdruck ist doch gefallen.“ Sein verlorener Kollegen Höber habe ihm mitgeteilt, wenn er so wie Kramer vor dem Schöffengericht gesteht wäre, hätte er auch der „Heidenlamm“ nicht gelogen.

Oberbürgermeister Dr. Cohn: Die Erklärung führt unter allgemeiner Beobachtung aus: In der Stadtvorstanderverammlung sei ihm mitgeteilt, der Ausdruck „Bananen“ sei gefallen. Er beziehe diese. Er habe damals feierlich und ernst gesprochen von seiner Wiederwahl. Allerdings habe er auch das Hemmeln seiner Pensionierung, die Pension von 6000 Mk. erwähnt. Zweifeln seine oder natürlich einmal ein rasches Wort.

Dr. Cohn: Haben Sie bei anderen Gelegenheiten über mich ähnliche Mißverständnisse getan oder tränkende über einzelne Stadtvorordnete. Oberbürgermeister Dr. Ebeling: Darüber verweigere ich die Auslage.

Die übrigen zahlreichen Zeugen, die Dr. Cohn für die Unglaubwürdigkeit Dr. Ebelings geladen hat, werden vom Gericht abgehört.

Es beginnt das Plaidoyer des Staatsanwalts. Er spricht dem Angeklagten Dr. Cohn berechnete Interessen ab und heilt den Antrag, eine Strafe von 200 Mk. wegen Verleumdung auszusprechen. Es folgen die Plaidoyers der Verteidiger. Dr. Höber schließt seine langen Ausführungen ab, es fahre ihm nicht auf das Strafmaß an, nur müsse der Angeklagte bestraft werden. Dr. Bernfelds Verteidigungsrede ist eine rederische Glanzleistung. In 15 Minuten Darlegungen weist er nach, daß Dr. Cohn wohl in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er beantragt Freisprechung. Nachdem Dr. Cohn selbst nach eine kurze, eindrucksvolle Selbstverteidigung vollzogen hat, zieht sich das Gericht zur Beratung zurück. Die Spannung der Menge hat den Giebeln erreicht. Aber die Geduld ist auf eine harte Probe gestellt. Nach 2 Stunden, nach 8 um 1 Uhr, verkündet der Vorsitzende das Urteil. Die Berufung des Klägers ist abgewiesen. Der Abgeordnete Dr. Cohn hat berechnete Interessen gehabt und wird deshalb freigesprochen.

Da macht sich der Jubel der Menge in Südruhm Luft, die selbst die tabulierten Worte des Vorsitzenden überhört.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Prof. Dr. Wilhelm Kutta: Tena hat den ihn ergangenen Ruf als Ordinarius für Mathematik an der Königl. Preuss. Technischen Hochschule für Rheinland und Westfalen in Aachen angetreten. — Konstitutionsbaumeister, Privatdozent a. D. Dr. phil. Gustav Schönermark ist in Hannover gestorben.

Der Staatsrechtslehrer Geh. Hofrat Prof. Dr. Karl Freyherr v. Stengel in der Münchener juristischen Fakultät tritt zum 1. Oktober l. J. in den Ruhestand; aus diesem Anlaß erhielt er den Titel und Rang eines Geheimrats. Geheimrat von Stengel leitet im 71. Lebensjahre. — Der etatsmäßige Professor der pathologischen Anatomie an der Berliner Tierärztlichen Hochschule, Geh. Reg.-Rat Dr. Wilhelm Schütz wurde in Anerkennung der durch seine wissenschaftliche Tätigkeit erworbenen großen Verdienste von der Tierärztlichen Hochschule zu Bismarck zum Ehrenhonorar der tierärztlichen Wissenschaft ernannt. — Die neugestiftete Handels-Hochschule München wird voraussichtlich am 4. Oktober feierlich eröffnet; die Vorlesungen beginnen am 24. Oktober. Die beiden diesjährigen Austauschprofessoren der Universität Berlin sind bereits eingetroffen und werden an den Zukunftsfeierlichkeiten teilnehmen. Es sind dies der

von der Harvard-Universität entlassene Prof. Dr. Hugo Manknerberg und Prof. Dr. C. Alphonso Smith von der Virginia-Universität. Der letztere führt den Titel Roosevelt-Professor. — Der Geh. Regierungsrat Dr. Paul Daube bezieht kurz vor dem Jubiläum der Berliner Universität am 2. Oktober d. J. sein 25jähr. Amtsjubiläum als Universitätslehrer. Allgemein bekannt ist seine Ausgabe des Reifelehregebüchchens, die jetzt bereits in 11. Auflage erschienen ist. — Der ordentliche Professor an der Universität Wien Geh. Medizinrat Dr. Adolf v. Strömbeck ist offiziell zum ordentlichen Professor der speziellen Pathologie und Therapie an der medizinischen Fakultät der Universität Leipzig und zum Direktor der medizinischen Kliniken ernannt worden. Er wird den Lehrstuhl des Geh. Rats Prof. Dr. Cufschmann einnehmen.

Der 2. internationale Kongress für Krebsforschung, der in Paris vom 1. bis 5. Oktober stattfindet, steht unter Leitung von Professor Bochar. Das wissenschaftliche Programm des Kongresses wird hauptsächlich die seit dem Jahre 1906 erreichten Fortschritte auf dem Gebiete der Krebsforschung berücksichtigen.

Theater und Musik.

Bühnenchronik.

Dr. Anton Schnitzlers „Liebelle“ hat jetzt in Frankfurt a. M. in einer Opernbearbeitung seine Uraufführung erlebt. Der Komponist ist Franz Neumann, der zweite Kapellmeister des Frankfurter Opernhäuses. Der Erfolg ist ungemein stark. „Reihe Mädchen“, Felix Sattens Operette, mit der Musik von Johann Strauß hatte gestern bei der Uraufführung im Weipziger neuen Operntheater einen durchschlagenden Erfolg.

„Vertauschte Seelen“, Wilhelm v. Scholzens Grotteske, hatte gestern im Münchener Schauspielhaus sehr lebhaften Erfolg. Der Dichter wurde oftmals gerufen. — r. m. Das Großherzogliche Hoftheater in Weimar eröffnete am Sonntag seine neue Spielzeit mit der Oper „Mignon“. Unter anderen neuen Kräften ist der frühere Sächsische Künstler Bergmann zu erwähnen.

In Münchener Hoftheater fand gestern die Uraufführung von Paul Schjels originalreifer Uebersetzung des Schaleporenschen „Simon von Athen“ eine sehr befällige Aufnahme. Steinrück hat in der Hauptrolle Hervorragendes. Anton Horns neues Schauspiel „Der Siebenbürger“ fand bei der Uraufführung im Chemnitzer Stadttheater einen vollen Erfolg. Nur der zweite Akt erwies sich als weniger gelungen. Der Autor wurde oft gerufen.

Premiere im Berliner Metropolitheater. Die alljährlich mit größter Spannung erwartete Metropolitheater Premiere hat Sonnabend abend füllmässigen Beifall geerntet. „Surra, wir leben noch!“ Wie der Titel besagt, soll der Genugthuung über den verflohenen Weltuntergang Ausdruck gegeben werden. Die Action ist reich an politischen Anspielungen, so auf die Dönerausfälle, auf die neuen sängerischen Offiziere der Garde, auf Segots, die Bedenke fischerische usw. Im allgemeinen liegt die Witz harmloser als sonst, dafür fehlen die üblichen Geschmacklosigkeiten. Die geübte Pracht in der Ausstattung ist kaum noch zu überbieten. Die Musik von Viktor Solländer bringt viele hübsche Melodien. Die bekannten Mitglieder des „Metropol“, Friß Marjara, Giampietro, Zhielfcher, Kettner, Magde Lesing boten wieder Glanzleistungen. car.

Vermischtes.

Die Eisenbahnkatastrophe in Rottenmann.

Das Eisenbahnunglück bei Rottenmann ereignete sich, als die meisten Passagiere in tiefem Schlafe waren. Es spielten sich entsetzliche Szenen ab. Zuerst wurden 3 Tote und 10 Schwerverletzte geboren. Von den letzteren starben kurz darauf 4 Personen, so daß gleich nach der Katastrophe 7 Tote verzeichnet werden konnten. Die genaue Anzahl der Verunglückten war noch nicht zu ermitteln, da die Unglücksstelle einen Trümmerhaufen gleicht. Der den Schnellzug 101 begleitende

Oberkondukteur wurde wahninnig.

Die meisten Toten und Verwundeten führten mit dem Schnellzug 102, der in der Richtung nach Wien verkehrte. Auf welche Weise das Unglück geschehen ist, konnte noch nicht festgestellt werden, doch dürfte die Schuld jedenfalls einem der diensthabenden Beamten treffen. Die Strecke bei der halbfertige Stadt Rottenmann, wo das Unglück geschah, ist nämlich einseitig, und ebdenmäßig soll der von Wien kommende Schnellzug in der Station Sighal solange zurückgehalten werden, bis der Gegenzug die einseitige Stelle passiert hat. Gegen diese Vorschrift hat nun jedenfalls der dort diensttunende Beamte den Wiener Schnellzug früher durchfahren lassen. Beide Züge fuhren mit einer Geschwindigkeit von 61 Kilometer einander entgegen. Als die beiden Lokomotivführer bemerkten, daß sie auf demselben Geleis fuhren, war es bereits zu spät, um den Zusammenstoß zu verhindern. Sie gaben zwar beide Gegenampf und bremsen nach Möglichkeit, doch im nächsten Moment stießen beide Züge aufeinander. Die beiden Lokomotiven, die Dienstwagen und die ersten Waggons wurden vollständig zertrümmert; die letzten Waggons der beiden Züge blieben unversehrt.

Schweres Unwetter im Rheinland. In der Rheinprovinz gingen am Montag abend außerordentlich schwere Gewitter nieder, die von moltenbrunghen Regen begleitet waren. An den Rheintalungen sind große Ueberschwemmungen eingetreten, die durch das vom Oberrhein gemeldete Hochwasser weiteren Zusatz erhalten, so daß schwere wirtschaftliche Schäden zu erwarten sind. Der Blick hat, nach den verschiedenen Feuerföhnen zu urteilen, in verschiedenen Richtungen gezündet. Besonders in den Weinbergen, wo die Weinföhne bereits begonnen hat, ist unabhäbarer Schaden angerichtet worden.

Schredenszeit eines Geisteskranken. Als das Bäderamtlettschwerer Jäger in Kienze bei Wiesel in Meranien beim Neuen beschäftigt war, fielen plötzlich mehrere Schüsse. Jäger fürzte getroffen zu Boden. Doch ehe das Schießgeräusch der Frau deutliche herbeieilen konnten, wurde auch die Frau von mehreren Schüssen getroffen. Sie war auf der Stelle tot. Der Mann ist schwer verletzt. Der Attentäter ist der 20 Jahre alte Paul Genzer aus Kienze. Er soll die Tat infolge eines plötzlichen Ausbruchs von Wahnsinn begangen haben und hat nach seiner eigenen Angabe die

Wölch gehabt, seinen Bruder und dessen Frau zu erschlagen. Der Täter wurde festgenommen.

Schweres Eisenbahnunglück. In der Nähe von Oporto ist ein Personenzug entgleist. An 100 Personen wurden verwundet.

Schon wieder wird ein tödliches Autounglück aus Paris gemeldet. Maurice Tarsson, einer der größten Honore Spitzenfabrikanten, lernte im Automobil mit seinem Sohne von der Stadt zurück; in einer Straßenbiegung wurde der in schneller Fahrt begriffene Wagen von einem entgegenkommenden Auto angefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden beide Autos in den Graben gefeulst; der Fabrikant Tarsson wurde auf der Stelle getötet, die anderen Insassen kamen mit schweren Verwundungen davon.

Schäbenfeuer. Die Emaillewarenfabrik Altmann & Sohn in Budweis ist zum größten Teil niedergebrannt. Die Fabrik beschäftigte 340 Arbeiter.

Selbstmord. Der 70 Jahre alte Großindustrielle Friedrich Krönig in Hohenelbe hat sich wegen eines unheilbaren Lebens erschossen.

Zufmord. In Schönberg (Oberlausitz) wurde die 19jährige Tochter des Ziegeleibesers Schnabel tot in einem Teiche aufgefunden. Allem Anschein nach liegt ein Zufmord vor.

Letzte Nachrichten.

Der Bruderkrieg in Magdeburg.

Magdeburg, 20. Sept. In der Nachmittagsitzung brach eine heftige Erregung aus. Die Radikalen führten aus, es müße endlich Klarheit geschaffen werden, damit die Frage nicht wieder auf einem Parteitage erörtert werden brauche. Jedenfalls hätten die Badener Genossen durch ihr Verhalten eine große Verantwortung auf sich geladen. Die Revisionisten erklärten, die Frage werde mit dem Nürnberger Beschlusse nicht aufgehoben werden, und könne niemals der Tagesordnung verschoben werden. Abg. Hillbrandt-Stuttgart erklärte, wenn die Möglichkeit vorläge, daß die Partei in einem Landtage die Mehrheit erlange, würde sie sich lächerlich machen, wenn sie fortwährend das Budget verweigern wollte. Rechtsanwalt Haase-Königsberg führte aus, Franz und Genossen hätten sich zum mindesten im Sinne des Jolas eventuals schuldig gemacht. Landtagsabg. Kolbe-Mannheim sagt: Die Badener Genossen hätten, wenn sie die Interessen der Partei und der Arbeiter nicht vernachlässigen wollten, nicht anders handeln können, als für das Budget zu stimmen. Die dänischen Genossen wären nie in die Gemeinderatsverwaltung eingebrungen, wenn sie sich nicht mit den Liberalen verbunden hätten. Die Badener Genossen hätten noch weiter gehen und den Versuch machen müssen, in die Regierung zu kommen. Wadann verteidigte noch der Abg. Keil-Stuttgart das Verhalten der Badener Landtagsfraktion. Darauf wird die Debatte auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Eine Ehrung Ehrlichs.

Königsberg, 20. Sept. Im Anschluß an einen Vortrag des Geheimrats Reisser über Syphilitis-Therapie auf dem „Naturforscher- und Vortrage-Kongress“ brachte die Versammlung Geheimrat Ehrlich spontane, laute Ovationen dar, so daß Ehrlich von der Tribüne des Festsaales aus danken mußte. Er tat das mit bewegten Worten, in denen er seine Verdienste bezeugte auf die Vorkarbeit und die Mitarbeit anderer Forscher zurückführte.

England als Geldgeber der Türkei.

Berlin, 20. Sept. Dem „Temps“ zufolge hat die türkische Regierung die Anleiheverhandlungen mit Frankreich abgeschlossen und das Geschäft mit Sir Ernest Cassel in London abgeschlossen, der die Anleihe in England und auch auf dem Kontinent plazieren wird. Die Türkei hat auch die Bedingungen angenommen, welche sie Frankreich verweigert hatte. Das Geschäft sei gestern mit Hakti Pascha abgeschlossen worden.

Bluttag.

Schluchten, 20. Sept. Hier ereignete sich gestern eine schwere Bluttag. Drei in einem Tunnelbau beschäftigte italienische Arbeiter verloschten einen Landmann, mit dem sie in Streit geraten waren. In der Galtwirtschaft „Zum Weissen Hof“ schossen sie ihn nieder. Sie ließen ihn dort liegen und schlüfteten. Der Arbeiter wurde nach einiger Zeit schwerverletzt aufgefunden. Er hatte zwei Schüsse in die Lungen erhalten. Man ordnete seine Ueberführung ins Krankenhaus an.

Unterhaltungsblatt.

Das gelbe Meer. Roman von Marie Stahl (Fortf.). — Dr. Thomsons Schühling. Eine skizzenhafte Geschichte von Adolf Stark — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sandel: Eugen Brinmann; für Ausland, letzte Nachrichten, Vermischtes und Sport: Carl Boldow; für das Feuilleton: J. B. Eugen Brinmann; für den Inseratenteil: Hermann Göbel; Druck und Verlag von Otto Sende. — Diese Nummer umfasst 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

